

Dank unseren Mitgliedern: Erfolge mehr als nur konsolidiert!



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Die LDP war bei allen Wahlen in der jüngsten Vergangenheit erfolgreich. Dies verdanken wir Ihnen! Unsere Mitglieder haben immer mobilisiert, Familie, Freunde und Bekannte motiviert, die LDP-Listen einzulegen. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich!

Für uns ist diese Erfolgswelle aber auch Verpflichtung. Als klar bürgerliche Kraft

braucht es uns im Regierungsrat, im Grossen Rat, im Gemeinderat Riehen, im Riehener Einwohnerrat ebenso wie im Bürgergemeinderat, Bürgerrat und im Nationalrat. Vergessen wir die Gerichte nicht; die LDP kann heute an die Tradition anknüpfen, stets hervorragende Richterinnen und Richter zu stellen. Die LDP-Kandidaturen für die bevorstehenden Erneuerungswahlen der Gerichte sind hervorragend!

Dank an die Zurückgetretenen

Bewährte Kräfte gehören unserer neuen Grossratsfraktion nicht mehr an. Ihnen möchte ich auch an dieser Stelle sehr herzlich danken für ihren grossen Einsatz. Fraktionspräsident Michael Koechlin hatte keine leichte Aufgabe. Seine

vermittelnde Art haben alle ebenso geschätzt wie die gewissenhafte Vorbereitung der Fraktion auf die Plenumsitzungen und sein Mitwirken in der Geschäftsprüfungskommission. René Häfliger hat uns auch deshalb geholfen, weil er zu jeder Zeit den Puls des Volkes – nicht nur im Kleinbasel - spürt und so zu jedem Geschäft den Realitätsbezug



Die WOZ gehört nicht unbedingt zur Lieblingslektüre liberaler Geister. Wenn das linke Kampfblatt aber ein Feature über die jüngste Grossrätin und ihren Fraktionskollegen macht, vertreiben sich auch Annina von Falkenstein und Michael Hug gerne die Zeit mit „Coffee to go“ und dieser Zeitung. Dies umso mehr, wenn die WOZ trotz ihrer normalerweise zur Schau gestellten politischen Ausrichtung nicht darum herum kommt, mit einem gewissen Neid über die Liberalen in Basel zu berichten. Wie heisst es denn so schön: Neid muss man sich erarbeiten, Mitleid gibt es umsonst... Foto: zVg.

Inhalt

Die Parteipräsidentin:
Dank unseren Mitgliedern:
Erfolge mehr als nur konsolidiert!

Seite 1

Auch die „WoZ“ kommt an unseren Jung-Parlamentsmitgliedern nicht vorbei.

Der Fraktionspräsident:
Start mit viel Energie und liberaler Aufbruchstimmung.

LDP in Kommissionen

Seite 2

Volksabstimmung vom 13. Juni 2021:
2 x Nein zum staatlich verordneten Mindestlohn

Seiten 3

Gesamterneuerungswahlen Richter:
Das Recht auf Ihrer Seite

Seite 4

Buchempfehlung: Unser Regierungsrat als Autor

Seite 5

Das Wahlplakat zu den Richter-Gesamterneuerungswahlen

Seite 6

LDP Riehen-Bettingen:
- Nein zum pietätlosen Parkplatz-
Abbau beim Friedhof Hörnli
- Absage an die Familieninitiative

Jungliberale:
Neuer Vorstand

Seite 7

herstellen konnte. Thomas Strahm hat neben seiner Sensibilisierung für Riehener Anliegen auch mit seinen Wirtschaftsfachkenntnissen Wesentliches beigetragen. Heiner Vischer hat sehr wichtige Bereiche abgedeckt: die Verbindung zur Kulturszene und zu deren grosszügigen Mäzeninnen und Sponsoren. Sein privates Netzwerk in die Basler Gesellschaft hat er – dort wo es sinnvoll war – selektiv bedient, zum Wohle des Kantons. Er reihte sich mit einem glanzvollen Präsidentschaftsjahr in die Reihe der ausgezeichneten LDP-Grossratspräsidien ein.

Leicht wird es in Zukunft nicht

Im Grossen Rat ist die Ausgangslage nicht einfacher geworden. Die Bürgerlichen werden es schwer haben, ihre Anliegen durchzubringen. Umso wichtiger ist es, die Zusammenarbeit mit den anderen nicht linken Parteien zu pflegen, überall wo dies sinnvoll und möglich ist. Das tun wir. Die neue Fraktion wird sehr gut ge-

führt von Raoul Furlano, der über langjährige Ratserfahrung verfügt und auch beste Kontakte zu den anderen Parteien hat. Ich bin überzeugt, dass auch in der neuen Legislatur die LDP als stärkste bürgerliche Partei eine wichtige Rolle spielen wird.

Wir werden uns einbringen bei allen Themen, die für die Zukunft des Kantons wichtig sind. Die diversen Areale, welche neu überbaut werden können wecken Begehrlichkeiten. Von linker Seite wurde bereits gefordert, dass billiger Wohnraum geschaffen werden muss. Auch hinsichtlich Einschränkung der Mobilität treten die Linken fordernd auf. Wir haben dem Einiges entgegen zu halten. Mit Hilfe unserer Mitglieder aus der Architektur- und Planungsbranche haben wir unlängst ein umfassendes Papier verfasst, aus welchem liberale Vorstellungen für die weitere Entwicklung unseres Kantons und das Nebeneinander der Funktionen Wohnen und Arbeiten ersichtlich sind.

Als Folge der vier Wohninitiativen, welche das Volk angenommen hat, wird die Lage der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer ungemütlich. Diverse Forderungen greifen ins Eigentumsrecht ein. Wir werden uns dagegen wehren.

Langer Schatten von Corona

Die Auswirkungen der Pandemie werden uns noch weiter beschäftigen. Zum Teil erst mit Verzögerung erhöhen sich die Zahlen der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger. Wir müssen bereits jetzt Vorkehrungen treffen, um möglichst vielen Leuten zur selbständigen Gestaltung ihres Lebens zu verhelfen. Bildung und Weiterbildung stehen da im Vordergrund. Zentral wird sein, die Wirtschaft dort zu unterstützen, wo es sinnvoll und nötig ist und gleichzeitig zu verhindern, dass die Wirtschaftsfreiheit weiter eingeschränkt wird. Gewerbe, Dienstleistung und Industrie brauchen keine Impulsprogramme, aber die Freiheit, sich weiter entwickeln zu können. Auch die Klima- und Umweltthemen werden weiterhin von Bedeutung sein. Wir müssen uns da nicht verstecken; die LDP hat seit jeher Akzente gesetzt im Umweltbereich. Beim Lesen der Forderung, Millionen von Bäumen zu pflanzen kam mir der Vorstoss unseres ehemaligen Parteipräsidenten Martin H. Burckhardt in den Sinn, der einen Alleinplan verlangt hat, auf den sich die Stadtgärtnerei noch heute beruft. Oder die liberalen Ideen zur Fassaden- und Flachdachbegrünung, zur Revitalisierung der Wiese,

Start mit viel Energie und liberaler Aufbruchstimmung



15 Menschen im Grossen Rat setzen sich für Sie, liebe Parteimitglieder, liebe Wählerinnen und Wähler, im Parlament mit ihrer liberalen Haltung in der Politik ein. Die jetzige LDP-Fraktion zeichnet sich durch eine gute Kommunikation untereinander und auch im Umgang mit den anderen Parteien aus. Es ist nicht immer ganz einfach für uns, in der jetzigen Zusammensetzung des Parlaments, zu erleben, dass wir häufig bei den Abstimmungen im Grossen Rat zu den «Verlierern» gehören, umso mehr müssen wir wach bleiben, um intelligent zu politisieren. Zu wichtigen Instrumenten gehört dann allenfalls das rasche Ergreifen eines Referendums, wie im Falle des geplanten Umbaus der Hörli-Umgebung mit unsinnigem Abbau der Parkplätze geschehen. Weiterhin dürfen wir zwei Kommissionspräsidien (Bau- und Raumplanungskommissionen (BRK) und die Wahlvorbereitungskommission (WVKomm)), sowie ein Vizepräsidium (Gesundheits- und Sozialkommission) als LDP-ler stellen. Im Büro des Grossen Rates sind wir bestens durch Catherine Alioth vertreten. Wir unterstützen auch gerne intelligente Vorstösse aus den Reihen unserer Jungliberalen, aktuell sind dies zum Beispiel: die Careleaver Motion, die Sicherung der AHV u.a. Die Jungliberalen sind, und das ist ein Novum, an den Fraktionssitzungen vertreten mit dem Präsidenten und einer Aktuarin, die für uns ein Stichwortprotokoll führt. Damit können sie Parlamentsarbeit live miterleben und sich für weitere Aufgaben in der Politik gut vorbereiten. Wir profitieren von ihren jugendlichen Ansichten. Zögern Sie bitte nicht mit uns in Kontakt zu treten, wenn Sie ein Anliegen haben. Die Liste der jeweiligen LDP Kommissionsmitglieder finden Sie auf dieser Seite. Ihr Fraktionspräsident, Raoul Furlano

LDP in Kommissionen

Grossratsbüro: Catherine Alioth

Finanzkommission:

Olivier Battaglia, François Bocherens

Geschäftsprüfungskommission:

André Auderset, Lukas Faesch

Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission:

Alex Ebi, Jeremy Stephenson

Gesundheits- und Sozialkommission

Raoul Furlano, Lydia Isler

Bildungs- und Kulturkommission:

Catherine Alioth, Beat von Wartburg

Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission:

Thomas Müry, Nicole Strahm

Bau- und Raumplanungskommission:

Jeremy Stephenson (Präsident), Michael Hug

Wirtschafts- und Abgabekommission:

Olivier Battaglia, François Bocherens

Regiokommission

Thomas Müry, Nicole Strahm

Petitionskommission:

Annina von Falkenstein

Begnadigungskommission:

Thomas Müry

Spezialkommission Klima:

Raoul Furlano, Thomas Müry

Disziplinarkommission:

Annina von Falkenstein

Wahlvorbereitungskommission:

André Auderset (Präsident)

Kommission für Denkmalsubventionen:

Diana Blome

Erziehungsrat: Nicole Kuster

zum Einsatz von Recycling-Beton oder zur freiwilligen CO₂-Abgabe auf Flugtickets. Auch die Jungliberalen haben sich

eiggesetzt: Ihnen ist zu verdanken, dass es im Grossen Rat eine Spezialkommission gibt, welche sämtliche Vorstösse zu

Klimafragen behandelt. Das Thema ist wichtig, wir bleiben aktiv und mitgestaltend dran.

Volksabstimmung vom 13. Juni 2021: 2 x Nein zum staatlich verordneten Mindestlohn

Am 13. Juni stimmt Basel-Stadt darüber ab, ob die Sozialpartnerschaft durch ein Lohndiktat für alle Branchen ersetzt werden soll. Wer Menschen mit geringen Einkommen, Ungelernte oder Wiedereinsteigerinnen unterstützen will, sollte Nein zur Initiative und zum Gegenvorschlag stimmen. Denn beide Vorlagen haben gravierende Nebenwirkungen.

Die Forderung nach einem kantonalen Mindestlohn ist wie ein Medikament, das auf den ersten Blick gut aussieht – aber nur, bis man den Blick auf die Risiken und Nebenwirkungen richtet. Und diese sind massiv: Der Mindestlohn erhöht den Druck auf Menschen im Niedriglohnbereich. Er erschwert, dass Menschen ohne Ausbildung eine Stelle finden oder nach einer Pause wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen können.

Ein gefährlicher Bumerang

Im Grunde ist die Mindestlohninitiative ein gefährlicher Bumerang der Gewerkschaften und der politischen Linken. Denn die Initiative trifft ausgerechnet die Schwächsten und die Haushalte mit geringem Einkommen am stärksten. Die Wissenschaft zeigt klar auf: Je höher der Mindestlohn und je schlechter die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, desto grösser sind die negativen Auswirkungen von Mindestlöhnen. Konkret: der Abbau von Arbeitsplätzen und Preiserhöhungen von Dienstleistungen. Es dürfte allen klar sein, dass es der denkbar schlechteste Zeitpunkt ist, mitten in der grössten und für einzelne Branchen noch lange andauernden Wirtschaftskrise einen rekordhohen Mindestlohn einzuführen.

Lohnniveau hängt von Wertschöpfung ab

Die Mehrheit der Branchen zahlt höhere Löhne als in der Initiative gefordert. Zudem steigt das Lohnniveau kontinuierlich. Das ist gut so. Allerdings gibt es in einigen Branchen Einsteigerjobs und ungelernete Arbeiten, wo das Lohnniveau tiefer ist, weil die Wertschöpfung der Unternehmen bzw. Branchen nicht mehr hergibt. Dass dies notwendig ist, haben bis anhin auch die Gewerkschaften akzeptiert. Das zeigt die Zustimmung der Gewerkschaften zu

zahlreichen Gesamtarbeitsverträgen mit tieferen Löhnen als 23 Franken (Ca. 4300 Franken im Monat).

Das Beispiel Gastronomie

Im LGAV der Gastrobranche beispielsweise beträgt der Mindestlohn für einen Mitarbeiter ohne Berufslehre 3470 Franken. Mitarbeiter mit Berufsausbildung (Eidgenössischer Fähigkeitsausweis) erhalten mindestens 4195 Franken. Die Gewerkschaften Unia, Syna sowie die Hotel&Gastro Union haben diesem Gesamtarbeitsvertrag zugestimmt. Weil sie wissen, dass diese Mindestlöhne aufgrund der durchschnittlichen Wertschöpfung in dieser Branche realistisch sind.

Verschiebung des gesamten Lohngefüges

Was passiert nun, wenn Mitarbeitende ohne Berufsausbildung plötzlich 1000 Franken mehr pro Monat verdienen und damit gleich viel wie Mitarbeitende mit einem Berufsabschluss? Fairerweise müssen diese dann ebenfalls deutlich mehr verdienen. Dann steigen auch die Löhne der erfahrenen Mitarbeitenden, jene der Teamleitenden und so weiter. Das ganze Lohngefüge verschiebt sich nach oben. Das macht schnell einen Anstieg der Personalkosten von 10 bis 20 Prozent aus. Und das in einer Branche, wo zahlreiche Unternehmen aufgrund der Coronakrise finanziell am Abgrund stehen.

Kosten reduzieren, Stellen gehen verloren

Und was passiert dann? Möglicherweise werden die Preise erhöht. Allerdings nicht zu stark, da die Preisdifferenz zum grenznahen Ausland nicht noch grösser werden sollte. Folglich müssen die Personalkosten reduziert werden. Die Arbeit wird auf weniger Schultern ver-

5 wichtige Argumente gegen staatliche Mindestlöhne

- *Berufsbildung: Ein staatlicher Mindestlohn schadet der Berufsbildung. Wenn auch ein ungelerner deutlich über 4000 Franken im Monat verdient, sinkt der Anreiz, eine Ausbildung zu machen. Ein gefährliches Signal.*
- *Zwängerei: 2014 sagten 62 Prozent der Stimmbewölkerung in Basel-Stadt Nein zur nationalen Mindestlohninitiative.*
- *Coronakrise: Je schlechter die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen desto stärker sind die negativen Effekte eines Mindestlohns. Es gibt keinen schlechteren Zeitpunkt als jetzt, einen rekordhohen Mindestlohn einzuführen. Wir befinden uns in einer der grössten Wirtschaftskrisen der jüngeren Geschichte, welche uns noch lange begleiten wird. Wir müssen Arbeitsplätze schützen und nicht gefährden.*
- *Sogwirkung: Speziell im Kanton Basel-Stadt als Zentrum einer trinationalen Wirtschaftsregion würde ein hoher Mindestlohn eine nicht zu kontrollierende Sogwirkung auf ausländische Arbeitskräfte im Tieflohnsegment auslösen. Für Geringqualifizierte Schweizerinnen und Schweizer würde die Situation noch prekärer.*
- *Schadet der Sozialpartnerschaft: Realistische und branchenspezifische Löhne werden im Schweizer Erfolgsmodell zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt und nicht vom Staat bestimmt. Ein Mindestlohngesetz hebt die Sozialpartnerschaft aus.*

Darum 2 x NEIN zum staatlichen Lohndiktat

teilt, der Stress und der Druck nehmen zu, Stellen werden abgebaut oder nicht wieder ersetzt. Am stärksten betroffen sind Einsteigerstellen und solche für Menschen ohne Ausbildung. Diese wären dann komplett von der Sozialhilfe abhängig. Mit allen finanziellen und psychologischen Folgen. Darum ist ein doppeltes Nein zur Initiative und zum Gegenvorschlag am 13. Juni so wichtig.

Gesamterneuerungswahlen Richter: Das Recht auf Ihrer Seite

Neben dem Grossen Rat und der Regierung bilden die Gerichte die dritte Gewalt im Kanton Basel-Stadt. Unser Gemeinwesen ist auf unabhängige und hoch qualifizierte Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten angewiesen. Bei den kommenden Wahlen am 9. Mai 2021 haben Sie die Möglichkeit, durch die Wahl geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten an die baselstädtischen Gerichte die Qualität unserer Justiz hoch zu halten. Die politischen Parteien Die Mitte, EVP, FDP, GLP, LDP und SVP schlagen Ihnen bestens qualifizierte Persönlichkeiten vor, welche für die anspruchsvollen Aufgaben eines Gerichtspräsidiums einstehen. Unsere Kandidierenden garantieren eine unabhängige, faire und transparente Rechtsprechung in unserem Kanton. Bitte geben Sie ihnen Ihre Stimme. Vielen Dank.

APPELLATIONSGERICHT

Liselotte Henz, (Bisher, FDP), lic. iur., Appellationsgerichtspräsidentin, Vorsitz Rekurskammer Bostadel



Von der Strafjustiz wird erwartet, dass sie den Sachverhalt ermittelt und feststellt, den Schuldigen bestraft und den Unschuldigen freispricht. Ich bin bestrebt, diesem Anspruch jeden Tag gerecht zu werden. Dabei hilft mir meine langjährige Berufserfahrung in der Strafjustiz, zuerst als Staatsanwältin, dann als Strafgerichtspräsidentin und seit 2016 als Appellationsgerichtspräsidentin. Genauso wichtig ist es mir, stets gut vorbereitet in eine Verhandlung zu gehen, die Beteiligten so zu behandeln, wie man selbst behandelt werden möchte, ihnen aufmerksam und unvoreingenommen zuzuhören und am Schluss den Parteien das Urteil verständlich zu erläutern und zu begründen.

André Equey, (Bisher, LDP), Appellationsgerichtspräsident, lic. iur., Advokat



Gute Urteile zeichnen sich meines Erachtens insbesondere dadurch aus, dass sie den Interessen der betroffenen Personen angemessen Rechnung tragen und sich überzeugend ins Rechtssystem einfügen. Indem ich im Rahmen des geltenden Rechts in jedem einzelnen Fall nach einer solchen Lösung suche, möchte ich weiterhin für Gerechtigkeit und Rechtssicherheit einstehen und einen Beitrag zur hohen Qualität der Rechtsprechung leisten. Meine fundierten juristischen Kenntnisse, meine langjährige Gerichtserfahrung als Anwalt, Gerichtsschreiber, Strafgerichts- und Appellationsgerichtspräsident sowie meine persönliche Integrität befähigen mich für diese Aufgabe.

Marc Oser, (Bisher, SVP), Appellationsgerichtspräsident, lic. iur., Rechtsanwalt



Dank meiner grossen Erfahrung und Kompetenz in den letzten 20 Jahren als Gerichtsschreiber, als Strafrichter und zuletzt zehn Jahre als Präsident am Strafgericht kann und will ich als Präsident am Appellationsgericht etwas zur hohen Qualität der Rechtsprechung im Kanton Basel-Stadt beitragen. Sie haben mich im letzten September 2020 schon einmal an das Appellationsgericht gewählt und mir Ihr Vertrauen ausgesprochen. Dafür danke ich Ihnen nochmals sehr herzlich. Ich freue mich, wenn Sie mich auch bei diesen Gesamterneuerungswahlen noch einmal dabei unterstützen.

GERICHT FÜR FÜRSORGERISCHE UNTERBRINGUNGEN

Rita Jedelhauser, (LDP), Dr. iur., Advokatin und Mediatorin, Zertifizierte Kinderanwältin



Eine fürsorgerische Unterbringung oder eine medizinische Behandlung ohne Zustimmung sind massive Eingriffe des Rechtsstaates in die Freiheit und körperliche Integrität. Wer über Beschwerden gegen diese Massnahmen entscheidet, braucht grosse Fachkompetenz und eine offene, respektvolle Haltung. Als erfahrene Anwältin begleite und verrete ich seit zehn Jahren Menschen in diesen Verfahren. Alle Beteiligten, besonders jedoch das Gerichtspräsidium, benötigen ein umfangreiches Fachwissen, Empathie, Lebenserfahrung und die Fähigkeit, mit unterschiedlichen Menschen zu kommunizieren. Es liegt mir sehr am Herzen, dass das Gericht für Fürsorgerische Unterbringungen den betroffenen Menschen auch zukünftig mit Wertschätzung und Sachverstand begegnet. Sehr gerne möchte ich diese verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen.

STRAFGERICHT

Sarah Cruz-Wenger, (Bisher, FDP), Dr. iur., Advokatin, Strafgerichtspräsidentin



Wahrheitsfindung, angemessene Bestrafung, Wiedergutmachung und Resozialisierung – dies sind die Eckpfeiler der Entscheidungen, die eine Strafgerichtspräsidentin zu treffen hat. Ent-

scheidungen, die überaus grosse Tragweite für alle Beteiligten, deren Leben, aber auch die Gesellschaft als Ganzes haben. Deshalb verlangt das Amt eines Strafgerichtspräsidenten gleich eine Vielzahl wichtiger Eigenschaften: Das Urteilen mit Bedacht und Augenmass, mit Empathie, aber auch der nötigen Strenge, mit besonderer Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit sowie im Bewusstsein um die Folgen einer Entscheidung. Diese Herausforderung macht das Amt als Strafgerichtspräsidentin zu einer eigentlichen Berufung, der es mit Herzblut und Einsatz nachzugehen gilt.

Markus Hofer, (Die Mitte), lic. iur., CAS Forensics, Referent am Lehrgang Fachanwalt SAV Strafrecht



Ein Richter braucht Fachwissen, Augenmass und Erfahrung. Das alles bringe ich mit. Nach zehn Jahren Praxis als Staatsanwalt in Basel, mehreren Berufsjahren als ausgebildeter Polizeibeamter, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Basel und nicht zuletzt mit Richterfahrung im Nebenamt, fühle ich mich bereit für die anspruchsvolle Arbeit am Strafgericht Basel-Stadt. Hinter jedem Fall stehen Menschen: Sie zu sehen und zu hören, ist mein Anspruch. Ich stehe für Respekt und Fairness im Verfahren.

Roland Strauss, (Bisher, LDP), Dr. iur., Advokat, Strafgerichtspräsident



Der Mensch, dessen Verhalten ich als Strafgerichtspräsident zu beurteilen habe sowie der Mensch, der Opfer einer Straftat geworden ist, stehen für mich im Mittelpunkt. Ich nehme sie ernst und behandle sie mit Respekt. Ich stehe für einen fairen Gerichtsprozess ein, welcher ein wesentliches Element für ein sachgerechtes und für die Betroffenen annehmbares Urteil darstellt. Dabei erachte ich mich ausschliesslich dem Recht und dessen sachgerechter Anwendung verpflichtet. Ich urteile unabhängig von den beteiligten Staatsanwältinnen resp. Staatsanwälten und Advokatinnen resp. Advokaten, unabhängig von den Medien und unabhängig von der Partei, die mich zur Wahl vorschlägt. Ich bin mir der Verantwortung, welche mit der richterlichen Tätigkeit verbunden ist, bewusst und trage sie gerne.

Marcia Stucki, (SVP), lic. iur., Advokatin, Richterin (Statthalterin), Strafgericht, Basel-Stadt, Richterin Berufungskammer des Bundesstrafgerichts (Nebenamt), Gerichtsschreiberin, Straf-, Zwangsmassnahmen- und Jugendgericht, Basel-Landschaft.



Nachdem ich meine berufliche Laufbahn als Anwältin begonnen hatte, wechselte ich aus Interesse an der Rechtsprechung in die Justiz. Während der letzten zehn Jahre habe ich als Strafrichterin und Gerichtsschreiberin an der Urteilsbildung mitgewirkt und als Gerichtspräsidentin (Mutterschaftsvertretung) zahlreiche Urteile gesprochen. Objektivität und Gerechtigkeit sind Werte, welche mir bei der richterlichen Tätigkeit sehr wichtig sind. Aufgrund meiner grossen praktischen Erfahrung und meiner fundierten Kenntnisse im Strafrecht werde ich als Präsidentin ausgewogene Urteile fällen. Ich freue mich darauf, dieses verantwortungsvolle Amt ausüben zu dürfen.

RECHT SO!

Die Mitte | EVP | FDP | GLP | LDP | SVP

Buchempfehlung: Unser Regierungsrat als Autor



Wie man in die Politik einsteigt und was man dafür können muss, lernt man weder an einer Uni noch auf YouTube. Wie findet man die richtige Partei (also die LDP, die Red.)? Wie kommt man zu öffentlichen Auftritten und meistert diese? Was braucht es für einen erfolgreichen Wahlkampf? Und müssen Politiker einen Velohelm tragen? Unser Regierungsrat Conradin Cramer gibt in seinem bei NZZ Libro erschienenen Buch «In die Politik gehen» konkrete Antworten und bietet einen einzigartigen Blick hinter die Kulissen des Politikbetriebs. In die Politik gehen ist für alle spannend, die sich für das Handwerk der Politik interessieren. Das Buch ist in allen Basler Buchhandlungen erhältlich.

Neu gestaltete Homepage

Frischer und lebendiger kommt sie daher, die neue Homepage der LDP. Übersichtlich gegliedert finden Sie dort unter anderem:

- Die neuesten Medienmitteilungen
- Standpunkte und Meinungen
- Vorstösse von Partei-Exponenten
- Den «Bericht aus Bern» unseres Nationalrats
- Frauen mit Power
- Was läuft bei der LDP Riehen/Bettigen?

Schauen Sie doch mal wieder vorbei:

www.ldp.ch



APPELLATIONSGERICHT
Liselotte Henz
Bisher, FDP



APPELLATIONSGERICHT
André Equey
Bisher, LDP



APPELLATIONSGERICHT
Marc Oser
Bisher, SVP



GERICHT
FÜR FÜRSORGERISCHE
UNTERBRINGUNGEN
Rita Jedelhauser
LDP



STRAFGERICHT
Sarah Cruz-Wenger
Bisher, FDP



STRAFGERICHT
Markus Hofer
Die Mitte



STRAFGERICHT
Roland Strauss
Bisher, LDP



STRAFGERICHT
Marcia Stucki
SVP

SIE
HABEN DAS RECHT ZU
WÄHLEN!

**GERICHTSWAHLEN
9. MAI**

Die Mitte | EVP | FDP | GLP | LDP | SVP

LDP Riehen-Bettingen: Nein zum pietätlosen Parkplatz- Abbau beim Friedhof Hörnli

Entgegen dem Antrag des Regierungsrates hat der Grosse Rat am 10. März 2021 auf Antrag der UVEK (Umwelt- Energie- und Verkehrskommission des Grossen Rats) weitreichende Beschlüsse für den Vorplatz des Friedhofs am Hörnli gefasst. Eine knappe Mehrheit aus den Fraktionen SP, GAB und glp hat den massiven Abbau von 48 Parkplätzen vor dem Friedhof Hörnli beschlossen. Die Parteien «Die Mitte» (ehem. CVP), EVP, FDP, LDP und SVP setzten sich vergeblich für die Interessen der Besuchenden des grössten regionalen Friedhofs ein.

Der Regierungsrat hat in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Riehen bei der Projektierung der Neugestaltung des Vorplatzes vor dem Friedhof Hörnli eine gute Lösung erarbeitet. Diese wurde nun von einer knappen Mehrheit im Grossen Rat aus fundamentalistischen Gründen über den Haufen geworfen! Aus Riehener Sicht besteht nun die Gefahr, dass sich der Suchverkehr der auswärtigen Besucherinnen und Besucher auf die umliegenden Quartiere verlagert und der bereits vorhandene Parkierdruck in den Quartierstrassen unnötigerweise noch mehr verstärkt. Dass der Grosse Rat bei einer Vorlage auf Riehener Boden die Riehener Befürchtungen und Anliegen derart missachtet und nicht anhört, ist unsensibel und widerspricht dem Sinne unserer Kantonsverfassung.

Da Riehen mit seinem «Gottesacker» einen eigenen Friedhof hat sollte besonders die Stadt Basel ein grosses Interesse an ihrem «Hörnli» haben, denn die Abschaffung der zwei unmittelbar vor dem Haupteingang zum Friedhof befindlichen Parkflächen beeinträchtigen vor allem den regionalen Besuch des grössten Friedhofs der Schweiz auf das Massivste. Nicht nur ältere Angehörige, auch grössere Trauerfamilien und ihre Gäste reisen wohl kaum in grossen Scharen mit dem öffentlichen Verkehr mit Umsteigen vom Zug aufs Tram und dann Bus bis zur Friedhofskapelle an und dann wieder zurück. Dieser Schnellschuss ist schlicht unrealistisch, da gefühllos und unwürdig.

Der Friedhof Hörnli ist zudem in der ganz besonderen Lage, Abdankungen durch-

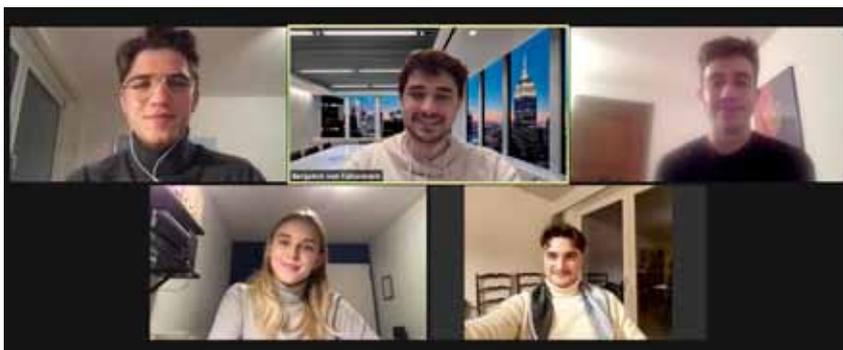
zuführen für alle bei uns gelebten Religionen. Im Besonderen bei muslimischen Bestattungen mit allen ihren teils mehrstündigen Ritualen sind eine grössere Anzahl Hinterbliebene aus aller Welt zu erwarten, welche genügend Parkflächen erfordern.

Der Friedhof steht aber nicht alleine da, auch umliegenden Wohngenossenschaften, das geplante und dringend benötigte Gewerbegebiet in unmittelbarer Nähe sowie das bereits ansässige Gewerbe – Blumenladen, Restaurant, Grabmalkunst und andere mehr – benötigen in den kommenden Jahren eher zusätzliche Parkflächen. Darum ein riesengrosses NEIN zum Parkplatzabbau beim grössten Zentralfriedhof der Schweiz – unserem Hörnli!

Absage an die Familieninitiative

Riehen lehnte am Abstimmungswochenende vom 7. März 2021 die SP-Volksabstimmung „Familien entlasten: Für ein kinderfreundliches Riehen“ eindeutig mit 2'201 JA (28.47%) gegen 5'531 NEIN (71.53%) ab. Die Deutlichkeit war für alle Parteien sehr überraschend. Der Abstimmungskampffand entsprechend der heutigen Situation vor allem in der Riehener Zeitung und in den digitalen Medien statt, wo sich die LDP Riehen Bettingen klar für die Ablehnung positionierte. Die Initianten wollten allen Familien mit einem Einkommen unter 150'000.- einen Betrag von 300.- pro Kind ohne Zweckbindung ausbezahlen. Die Liberalen haben sich vor allem aufgrund der hohen Verwaltungskosten bei der Umsetzung und der fehlenden Zweckbindung und damit der Gefahr, dass das Geld nie bei den Kindern ankommt, gegen diese Initiative gewehrt. Unklar war auch, inwieweit dieser Bonus bei anderen Vergünstigungen angerechnet werden müsste und somit «neutralisiert» würde.

Jungliberale: Neuer Vorstand



Konstantin Walker (oben links): Vor ein paar Jahren ging ich mit einem Freund an den Stammtisch der Jungliberalen, damals wurde in lockerer, aber sehr sachlicher Runde über den Stadtverkehr, besonders den Aeschenplatz diskutiert. Ich war begeistert von den lösungsorientierten und nicht ideologisch getriebenen Debatten, ich merkte früh, dass dies die ideale Partei für mich ist.

Deshalb wurde ich schnell Mitglied und versuchte mich auch vermehrt einzubringen. Anfang dieses Jahres wurde ich zum Präsidenten der Jungliberalen gewählt, dieses Amt erfüllt mich mit Stolz und ich möchte dies bestmöglich ausführen. Mein Ziel ist es, die jetzt schon grosse Debattenkultur noch stärker zu fördern und als Partei zu wachsen.

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7, Neuer Vorstand JLB

Ausserhalb der Politik studiere ich Rechtswissenschaft und treibe sehr gerne Sport, vor allem Fussball spielen und Rennradfahren. Deshalb ist es mir auch ein grosses Anliegen, die Stadt für alle Verkehrsteilnehmer/innen zu verbessern und dies nicht ideologisch getrieben.

Benjamin von Falkenstein (oben Mitte): Seit 2016 bin ich Mitglied bei den Jungliberalen und seit zwei Jahren nun auch im Vorstand der Partei. Am meisten schätze ich die vielen intensiven Diskussionen und auch die häufigen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei sehr. Denn durch den Diskurs muss man sich auch eingehend mit einem Thema beschäftigen, durch den Diskurs findet man die besten Lösungen und kommt somit vorwärts. Genau diese Debattenkultur, die in der Öffentlichkeit leider unterzugehen droht, ist eine der Stärken der Jungliberalen. Ich möchte mich mit den JLB dafür einsetzen, dass wir als Gesellschaft wieder verstärkt zu einer anständigen Debattenkultur zurückfinden um somit die bestmögliche Zukunft für alle Generationen zu gestalten.

Balz Furlano (oben rechts):

Seit gut eineinhalb Jahren bin ich Mitglied der besten Jungpartei Basels und gehöre nun zum neuen Vorstand der Jungliberalen. Ich bin 21 Jahre alt, studiere an der Universität Basel Psychologie, treffe mich gerne mit Freunden und bewege mich gerne an der frischen Luft. Dass der Klimawandel auch ein Anliegen der Bürgerlichen Parteien ist, steht ausser Frage. Den Klimawandel in der kommenden Zeit aktiv und innovativ zu bekämpfen, anstatt nur Verbote zu proklamieren, wird für unseren Kanton wegweisend sein. Ebenso wird es wichtig sein, den Standort Basel auch aus der unmittelbaren Umgebung besser erreichbar zu machen und das Verkehrsnetz dem Wandel der Zeit anzupassen. Auf die erfolgreiche Zusammenarbeit des neuen Vorstandes und das Engagement unserer Mitglieder freue ich mich und schaue gespannt einer interessanten Zukunft entgegen.

Josephine Eberhardt (unten links):

Aufgewachsen in einem liberal geprägten Elternhaus, begleitete ich meine Mutter bereits in jungen Jahren an Standaktionen der LDP. Der Zusammenhalt und die gemeinsamen Events begeisterten mich sehr. Als ich vor knapp zwei Jahren mit dem Jura Studium be-

gann, erkannte ich die Möglichkeit, mein Studium mit der Politik im Rahmen meiner liberalen Wertvorstellungen zu verbinden.

Anfang 2021 wurde ich in den Vorstand der Jungliberalen gewählt, wo ich das Amt der Kassierin ausübe.

2012 erlitt ich als Fussgängerin einen Verkehrsunfall, weshalb mir die Sicherheit der Bürger im Strassenverkehr ein grosses Anliegen ist. Im Fokus meiner Interessen aber liegen u.a. die Themen Bildungspolitik und Klimawandel unter liberalen Gesichtspunkten.

Joshua Marckwordt (unten rechts):

Zwar in der Schweiz geboren und im Kleinbasel aufgewachsen, bin ich theoretisch doch Neuschweizer. Unterbewusst musste ich wohl überkompensieren und meine neu gewonnen Rechte so umfassend wie möglich beanspruchen. So kam es, dass ich nach weniger als einem Jahr nach meiner Einbürgerung auf der Liste 3 stehen durfte und nun seit Herbst darf ich auch das Amt des Parteisekretärs der Jungliberalen tragen. Ich fühle mich wohl dabei, in diesen anspruchsvollen aber auch spannenden Zeiten mitten im Geschehen zu sein und meinen Beitrag leisten zu können. Neben dem Studium verfolge ich kantonale und nationale Themen aufmerksam und habe grosse Freude daran, sie mit den Parteikolleg*innen zu diskutieren. Die gelebte Meinungsvielfalt in der Partei hilft ungemein, die eigene Argumente zu festigen oder gar zu überdenken.

Xaver Dill (nicht auf dem Foto):

Bereits seit vier Jahren darf ich nun im Vorstand der Jungliberalen mitwirken und durfte dabei miterleben, dass ein breites Meinungsspektrum herrscht und wir zugleich zusammen Probleme angehen, die die jungen Leute in unserer Stadt betreffen, beispielsweise die Universität Basel. Zu mir: Ich bin 21 Jahre alt und würde normalerweise neben der Beschäftigung mit juristischen Wälzern viel Zeit auf diversen Fussballplätzen der Region verbringen. Für mich ist Bildung ein zentrales Thema, da diese die wichtigste Ressource der Schweiz ist. Daneben führt ein gutes Bildungssystem auch zu Innovation, was für mich der Weg ist, die grossen Probleme unserer Zeit anzugehen, anstatt, dass der Staat den Bürgern immer neue Verhaltensvorschriften oder Abgaben aufbrummt.

<https://jungliberale.ch>

4010 Basel
PP

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

April 2021

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnement CHF 18.00

Auflage
1'400 Exemplare
erscheint ca 4-mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion: André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Druck
Gremper AG, Basel/Pratteln